Explizit.Net Beitrag 3. Dezember 2012
Aktualisiert Webversion 7-2013

Lotusrevolte adé

Ägypten - aus der Traum von Demokratie

Ein halbes Jahr im Amt, vermochte sich Muhammad Mursi kaum zu besinnen. Auf den Präsidenten am Nil stürzte so viel ein. Alles drängte, innen wie aussen. Zunächst gewann er Sympathien, als er am 12. August 2012 den Militärrat verjüngte und die Armee in die Kasernen sandte. Das brachte ihm auch Feinde. Offiziere, die seit Abd an-Nasirs Revolte 1952 den Nilstaat prägen und sich unter dessen Nachfolgern Anwar as-Sadat und Husni Mubarak tief in der schliesslich stärker privatisierten Wirtschaft ausdehnten, gehen wohl nicht kampflos.

Foto: Wiki

John Kerry und Muhammad Mursi am 3. März 2013 in Kairo

Dann, vor dem elften Jahrestag der islamistischen 9/11-Anschläge auf Amerika, zogen die Muslimbrüder, von denen Mursi herstammt, Tage gegen die US-Botschaft in Kairo zu Felde, zündeten das Sternenbanner an und hißten ihre grünschwarze Fahne. Das sollte wegen eines Kurzvideos aus Amerika geschehen sein, das den Propheten ins schlechte Licht rückte. Aber am Nil sah man es kaum, wenige kannten es. So galt der Sturm auf die Botschaft 2012 als Mursis Drohgeste gegen Amerika und Israel, der die Islamisten lange gewären liess.

Der Acht-Tage-Krieg zwischen der Hamas in Gaza und Israel folgte bis 21. November, in dem der Ägypter eine Feuerpause vermittelt hat. Viele priesen ihn, Iran ausgenommen. Mullahs beargwöhnen Mursi, der in Teheran ihre Regionalstütze verwarf: Syriens al-Asad-Regime. Am Nil dekretierte der Ägypter am 22. November, dass seine Beschlüsse bis zur Annahme des Verfassungsentwurfs gegen jedwede Anfechtung durch die Gerichte gefeit wären.

Grundgesetz
Mursi betonte die Gefahr, dass Richter, die sein Vorgänger Husni Mubarak bestallte, am Sonntag, den 25. November 2012, durch das Verfassungsgericht oder auch anderweitig das Grundgesetz gebende Komitee entmachten würden. Sie stempelten schon einen Teil der Wahlen ungültig und lösten mithin das Unterhaus im Parlament auf. Mursi setzte es am 12. Juli ein. Erneut wies er an, Offizielle des alten Regimes samt Mubarak vor Gericht zu stellen. Dieser habe Proteste, die 800 Tote forderten, auf Videos verfolgt und ein harte Hand angeordnet.

Das Grundgesetzkomitee stimmte den Verfassungsentwurf am 23. November ab, über den am 15. und 22. Dezember ein Volksentscheid befand. Das Komitee krankte indes an Legitimtät, zumal 22 der 96 Männer (plus vier Islamistinnen) Nein sagten: Liberale, Linke und Kopten. Selten zuvor gab es dies Chaos, wurden Minoritäten so überstimmt, Richter blockiert. Mursi ersetzte Generalstaatsanwalt Abd al-Majid Mahmud durch Talat Ibrahim Abdullah. Der liberale Abgeordnete Amru Hamzawi sah es als Präsidialtyrannei, Coup und das Ende der Herrschaft des Gesetzes und demokratischen Übergangs an. Wie wahr, zumal massiv Drohungen gegen politische Gegner durch die Islamisten umgingen. Oberste Richter, am Sonntag, den 3. Dezember, durch Islamisten bedrängt, suspendierten völlig ihre Arbeit.

Was Wunder, der einstige Bewerber um das Amt des Präsidenten Muhammad al-Baradai twitterte, Mursi habe sich der Staatsgewalt bemächtigt und sich selbst zum neuen Pharao erhoben. Manche meinen, Mursi lebte mit Familie sieben Jahre in Kalifornien, wo er eine Idee von Demokratie erfuhr. Doch war auch der Islamist Sayyid Qutb 1949 zwei Jahre in Amerika und verwarf es nur stärker. Al-Baradai wog seine Worte ab, denn drei Dekaden zuvor rief Khalid al-Islambuli, der Islamist und Mörder Anwar as-Sadats, aus, "den Pharao getötet" zu haben.

Buch mit Aussagen des as-Sadat-Mörders, des Islamisten Khalid al-Islambuli 1995

Präsident as-Sadat war Mitglied der Freien Offiziere. Er regierte eine Dekade bis 1981. Drei Dekaden des Offiziers Mubarak kamen, dann der Islamist Mursi. Er befürchtete, dass ihn Taten ereilen, die seine Islamisten einst anzuwenden pflegten. Er redete vom Komplott. Schwang da eine Warnung in al-Baradais Pharaotweet mit? Freilich enthüllte ein Blick in den Verfassungsentwurf Grund zur Kritik. Dies soll das Kerndokument sein, auf dem der Staat beruht. Aber 232 Artikel sind in sich unstimmig und ohne klare Gewaltenteilung. In Grundsätzen haben Gelehrte der al-Azhar-Universität Konsultativstatus zur Sharia als Hauptquelle der Gesetzgebung. Das ist problematisch. Zudem wird der Staat

zum Moralwächter der "Familienwerte" bestellt. Einige Aussagen über Mindest- und Höchstlöhne, zur Höhe des Grundbesitzes und zu Steuern kollidieren rasch mit Realitäten eines dynamischen Weltmarkts. Sie gehören überhaupt nicht in ein Grundgesetz.

Viele Artikel sind schwammig, etwa wann jemand durch den Staat verhaftet werden darf. Aussagen zu drei monotheistischen Religionen vernachlässigen andere Glauben, so die Buddisten und Bahais. Präsident und Kabinett dürfen geheim tagen, wenn sie denken, dass es die Sicherheit verlange. Ihren Wählern werden sie damit gar nicht verpflichtet. Ob die 29 Gouverneure der Provinzen gewählt oder ernannt werden, steht dahin. Ein Medienrat wacht über "soziale Prinzipien" und "konstruktive Werte". Die Polizei wird ermächtigt, die "öffentliche Moral" abzusichern. Angehörige des ehemaligen Regimes werden isoliert und dürfen politisch nicht mehr aktiv werden. Weiterhin sollen auch die Militärgerichte über Zivilisten richten, sofern deren Verbrechen die bewaffneten Kräfte beeinträchtigt haben.

Nicht wenige Teile widersprechen einander. Wer mit dem Nilstaat vertraut ist, sieht, was von der Nationalcharta 1962, zeitweiligen Verfassung 1971 und dem al-Azhar-Text 2011 stammt. Doch die Verfassung eines modernen Staates in der Globalära ist es nicht, wo alle im Wettbewerb des Spieles der Nationen stehen. Islamistisches Diktat, Willkür und Ausgrenzung von Nichtmuslimen ragen darin hervor. Und die Frauen? Sie sind den Männern keineswegs voll gleichgestellt, solange die Sharia noch die legale Hauptquelle bleibt.

Die Nilstaaten Ägypten und Sudan haben Zivilisationen entfaltet, denen Mittelostler und Griechen, Römer und Europäer samt ihren Kindern in den Amerikas und Australien manches zu verdanken haben. Zudem sammelten die Ägypter, die oft auf der heiteren Sonnenseite des Lebens agierten, ihre Einsichten im Umgang mit der Moderne und deren Anforderungen.

Schadensarm

Um so bedenklicher sind die Rückschritte, die Gruppen der Bevölkerung entfremden oder ausgrenzen. Noch war es ein Entwurf, über den Mitte und Ende Dezember votiert wurde. Aber wie alles lief, mit Bedrohung und Ausschaltung, und wie überfrachtet und übereilt dieser Schlüsseltext war, weckte Zweifel. In der Art richten sich die Autokratien auf. Für nicht wenige endete dabei der Traum von Demokratie nach der leidenschaftlichen Lotusrevolte. Immerhin gestand ein saudischer Islamist dies ein: die Demokratie bringe zwar so manche Nachteile und Probleme. Aber es sei die Regierungsart, die für alle den wenigsten Schaden anrichte.

Islamisten bemühen sich, elastischer eine "islamische Demokratie" oder "die neuen Demokratien ohne Liberale" zu betonen, wie Muhammad Mursi. Er hat ein Recht auf seine Fehler. Aber diesmal ist alles hausgemacht. Weder Kolonialisten noch Imperialisten mischten mit, die er beschuldigen kann („Zionisten“ rutschen bei ihm schon an die Stelle). Beweist er nicht, dass er die bessere Idee für alle hat, teilt er rasch das Schicksal seiner Vorgänger. In der Anspannung gab es zwei Fragen: Hält sein Verfassungsentwurf dem Wahltest stand und geben ihm die Wähler ein Ticket in die Islamokartie, sagen sie mithin der Lotusrevolte adé?

Wolfgang G. Schwanitz